



Teil A: Verfahrensbedingungen

A. Auftraggeber, externe Unterstützung	2
B. Vergabeverfahrensart	2
C. Vergabeunterlagen	2
D. Ablauf und Fristen des Verfahrens	3
E. Elektronische Abwicklung, freiwillige Registrierung	3
F. Hinweise zur eingesetzten Verschlüsselung und Zeiterfassung	4
G. Verfahrenssprache	5
H. Unklarheiten, Fragen	5
I. Datenschutz	5
J. Vertraulichkeit, Verschwiegenheit	6
K. Elektronische Abgabe von Angeboten	6
L. Anforderungen an die Angebote	7
M. Änderungen, Ergänzungen, Berichtigungen, Rücknahmen	7
N. Eignungskriterien, Nachweise	7
O. Nachunternehmer	8
P. Eignungsleihe	8
Q. Bietergemeinschaften	8
R. Zuschlagskriterien, Vertragsschluss	8
S. Vergütung für die Teilnahme am Verfahren	9
Anlage A01: Eignungskriterien	1
Anlage A02: Zuschlagskriterien	1
Anlage A03: Informationen zum Datenschutz	1



A. Auftraggeber, externe Unterstützung

Auftraggeber sind die Städtischen Betriebe Herzberg am Harz, Eigenbetrieb Stadtreinigung, Juesholzstraße 2 A, 37412 Herzberg am Harz (nachfolgend: Auftraggeber). Der Auftraggeber wird von der DAGEFÖRDE Öffentliches Wirtschaftsrecht Rechtsanwaltsgesellschaft mbH, Po-bbielskistraße 344, 30655 Hannover, im Rahmen des Vergabeverfahrens unterstützt. Alle von Bietenden eingereichten Unterlagen werden deshalb neben den für den Auftraggeber tätigen Personen auch den Mitarbeitenden der Rechtsanwaltsgesellschaft zugänglich gemacht. Die Mitarbeitenden unterliegen hinsichtlich aller Informationen zu den Unternehmen und hinsichtlich der Inhalte der Angebote von Berufs wegen einer umfassenden Verschwiegenheitspflicht.

B. Vergabeverfahrensart

Das Vergabeverfahren wird als Öffentliche Ausschreibung gem. § 9 der Unterschwellenvergabeordnung (UVgO) i.V.m. § 3 Abs. 1 Niedersächsisches Tariftreue- und Vergabegesetz (NTVergG) durchgeführt.

C. Vergabeunterlagen

Der Auftraggeber stellt für das Vergabeverfahren die folgenden Unterlagen zur Verfügung (Änderungen und Ergänzungen im Laufe des Verfahrens bleiben vorbehalten):

- Teil A: Verfahrensbedingungen, mit folgenden Anlagen:
 - o Anlage A01: Eignungskriterien
 - o Anlage A02: Zuschlagskriterien
 - o Anlage A03: Informationen zum Datenschutz
- Teil B: Leistungsbeschreibung, mit folgenden Anlagen:
- Teil C: Vertrag
 - o Anlage C01 Musterregelungen Dienstleistungsaufträge NTVergG
- Teil D: Angebotsschreiben, mit folgenden Anlagen:
 - o Anlage D01: Referenzblatt
 - o Anlage D02: Nachunternehmerverzeichnis
 - o Anlage D03: Verpflichtungserklärung bei Eignungsleihe
 - o Anlage D04: Bietergemeinschaftserklärung
 - o Anlage D05: Hinweise zum Ausfüllen des Preisblatts
 - Anlage D05a Leistungsverzeichnis/Preisblatt

Die Unternehmen haben sich **unmittelbar** nach dem Erhalt der Vergabeunterlagen über deren Vollständigkeit zu vergewissern und diese auch auf etwaige Unklarheiten hin zu überprüfen.



Bestehen nach Auffassung eines Unternehmens in den Vergabeunterlagen Unklarheiten, Lücken oder Widersprüche, so ist dies dem Auftraggeber unverzüglich schriftlich mitzuteilen. Dies gilt auch für sonstige auftretende Fragen und Probleme, insbesondere wenn die Vergabeunterlagen Fragen aufwerfen, die für die Erstellung des Angebots relevant sein können.

Der Auftraggeber stellt Unterlagen im Rahmen des Vergabeverfahrens **ausschließlich** in elektronischer Form zur Verfügung. Sollten sich Dateien als beschädigt oder nicht zu öffnen erweisen, hat der Bietende den Auftraggeber hierüber umgehend zu informieren. Die betreffenden Unterlagen werden dann schnellstmöglich erneut zur Verfügung gestellt. Unternehmen sind daher aufgefordert, umgehend nach Erhalt der Vergabeunterlagen zu prüfen, ob die Unterlagen vollständig und die Dateien zu öffnen sind.

D. Ablauf und Fristen des Verfahrens

Angebots- und Bindefristen sind den Angaben im Projektraum auf der Vergabeplattform DTVP und der Auftragsbekanntmachung zu entnehmen.

Fragen innerhalb der Angebotsphase (siehe dazu H.) sind bis spätestens acht Kalendertage vor Ablauf der Angebotsfrist zu stellen, damit der Auftraggeber die Fragen noch rechtzeitig im Sinne von § 13 Abs. 4 Nr. 1 UVgO beantworten kann.

Bietende sind bis zum Ablauf des in der Auftragsbekanntmachung genannten Tages (**Bindefrist**) an ihr Angebot gebunden. Der Auftraggeber behält sich bei Bedarf vor, Bietende um Zustimmung zur Verlängerung der Bindefrist zu bitten.

Nach Abschluss der Angebotswertung unter Berücksichtigung der **Zuschlagskriterien (Anlage A02)** wird der Auftraggeber entsprechend § 16 NTVerG die Bietenden informieren, deren Angebote nicht für den Zuschlag vorgesehen sind (Vorabmitteilung) und nach Ablauf der gesetzlichen Wartefrist gem. § 16 Abs. 2 NTVerG den Zuschlag erteilen.

E. Elektronische Abwicklung, freiwillige Registrierung

Der Auftraggeber wickelt das gesamte Vergabeverfahren in elektronischer Form über die Vergabeplattform DTVP ab. Insbesondere erfolgen die Kommunikation zwischen Auftraggeber und Unternehmen sowie die Einreichung von Angeboten **ausschließlich in elektronischer Form** über den Projektraum des Verfahrens. Die elektronische Teilnahme am Verfahren sowie die Registrierung für die E-Vergabeplattform sind für Unternehmen vollständig kostenfrei.

Zur Nutzung der Vergabeplattform bis zur Abgabe elektronischer Angebote sind lediglich ein aktueller Internet-Browser sowie ein Internetzugang erforderlich. Hierbei werden ausschließlich HTML- und Javascript-konforme Standardtechnologien und keinerlei Add-Ons/Plugins oder sonstige ggf. (sicherheits-)kritische Technologien verwendet. Aktuell sind folgende Internet-Browser zur Nutzung freigegeben:



- Microsoft Edge in der jeweils aktuellen Version
- Mozilla Firefox in der jeweils aktuellen Version
- Google Chrome in der jeweils aktuellen Version
- Apple Safari in der jeweils aktuellen Version

Um sicherzustellen, dass Unternehmen automatisch über Änderungen an den Vergabeunterlagen informiert werden und die Antworten auf Fragen anderer Unternehmen erhalten, sollten sie sich auf der Vergabeplattform für das Verfahren registrieren (freiwillige Registrierung). **Es obliegt ausschließlich dem Unternehmen, durch geeignete organisatorische Maßnahmen sicherzustellen, dass das bei der Registrierung angegebene E-Mail-Postfach kontinuierlich überwacht wird.**

Ohne Registrierung kann der Erhalt vorstehender Informationen nicht gewährleistet werden. Unternehmen, die von der Möglichkeit der freiwilligen Registrierung keinen Gebrauch machen, müssen sich selbstständig im Projektraum auf der Vergabeplattform informieren, ob Vergabeunterlagen zwischenzeitlich geändert wurden oder ob der Auftraggeber Fragen zum Vergabeverfahren beantwortet hat. **Das Risiko, ein Angebot auf Grundlage veralteter Vergabeunterlagen oder Informationen abzugeben, liegt ohne erfolgte Registrierung beim Unternehmen.**

F. Hinweise zur eingesetzten Verschlüsselung und Zeiterfassung

Die elektronischen Angebote werden innerhalb des Bietertools auf dem Rechner des Bietenden (lokal) zusammengestellt, mit den entsprechenden Schlüsseln des Vergabeverfahrens mit Hilfe hybrider Verschlüsselungsverfahren Ende-zu-Ende verschlüsselt, mit den vorgegebenen Signaturinformationen versehen und in Form sogenannter OSCI-Nachrichten (über das OSCI-Protokoll) zu einem "Vermittler", dem sogenannten Intermediär, übertragen. Mit Abschluss der Übertragung wird innerhalb des Bietertools eine umfangreiche Zusammenfassung der Abgabe zum Download und weiteren Aufbewahrung zur Verfügung gestellt.

Der "Vermittler" sorgt für eine sichere Aufbewahrung der verschlüsselten Angebote vor Ablauf der entsprechenden Frist (z.B. Angebotsfrist), ergänzt die Meta-Informationen zum Angebot mit dem notwendigen Zeitstempeln und führt die erforderlichen Signaturprüfungen inkl. Quitungsmechanismen durch.

Der sogenannte E-Angebotsservice übernimmt die Registrierung und Bereitstellung der elektronischen Angebote gegenüber der Vergabeplattform. Wie auch der Intermediär, kann der E-Angebotsservice auf Grund der Ende-zu-Ende Verschlüsselung zu keinem Zeitpunkt auf die Inhalte der elektronischen Angebote zugreifen.



Erst mit Ablauf der entsprechenden Frist und nach einem erfolgreichen 4-Augen-Login durch zwei berechnigte Nutzer der Vergabestelle innerhalb der Vergabepattform, werden die verschlüsselten elektronischen Angebote mit den korrespondierenden Schlüsseln zusammengebracht, entschlüsselt und zur weiteren Auswertung für die Vergabestelle bereitgestellt.

G. Verfahrenssprache

Die Verfahrenssprache ist **Deutsch**. Sämtliche Kommunikation zwischen Unternehmen und dem Auftraggeber wird auf Deutsch geführt. Angebote und Unterlagen sind in deutscher Sprache zu fassen. Soweit Unterlagen in nicht-deutscher Sprache vorgelegt werden, sind deutsche Übersetzungen beizufügen, sofern der Auftraggeber hierauf nicht verzichtet; eine Beglaubigung der Übersetzung kann gefordert werden.

H. Unklarheiten, Fragen

Fragen innerhalb des Vergabeverfahrens können ausschließlich über das Kommunikationsmodul im Projektraum der von dem Auftraggeber genutzten Vergabepattform gestellt werden und werden im Rahmen von Rundschreiben über die Vergabepattform beantwortet. **Fragen, die auf anderem Wege (insbesondere telefonisch, per Fax oder E-Mail) gestellt werden, werden nicht beantwortet.** Die Fragen werden anonymisiert, gesammelt und im Rahmen von Mitteilungen an alle auf der Vergabepattform für das Verfahren registrierten Interessenten beantwortet.

Unternehmen haben dem Auftraggeber unverzüglich auf etwaige Unvollständigkeiten, Ungenauigkeiten oder Rechtsverstöße hinzuweisen, damit der Auftraggeber rechtzeitig und unter Beachtung der Grundsätze von Transparenz und Gleichbehandlung aller Unternehmen angemessen reagieren kann.

I. Datenschutz

Die von Unternehmen gegebenenfalls im Verlauf des Verfahrens erbetenen personenbezogenen Daten werden nach den Vorschriften des Datenschutzrechts verarbeitet und gespeichert. Mit der Teilnahme am Verfahren erklären sich die Unternehmen hiermit einverstanden. Soweit Unternehmen im Rahmen des Verfahrens dem Auftraggeber personenbezogene Daten von Dritten (z. B. Mitarbeitenden, Nachunternehmer, Mitglieder einer Bietergemeinschaft, Referenzgebende) übermitteln, sind diese für das Vorliegen der jeweils erforderlichen datenschutzrechtlichen Einwilligung der Dritten selbst verantwortlich.

Weitere Hinweise zum Datenschutz finden sich in der **Anlage A03**.



J. Vertraulichkeit, Verschwiegenheit

Sämtliche von dem Auftraggeber im Verfahren zur Verfügung gestellten Unterlagen dürfen nur zur Einreichung eines Angebotes verwendet werden. Jede Veröffentlichung (auch auszugsweise) oder eine Weitergabe an Dritte ist unzulässig. Unternehmen haben – auch nach Beendigung des Verfahrens – über alle im Zusammenhang mit diesem Verfahren bekannt gewordenen Informationen und dienstliche Angelegenheiten des Auftraggebers Stillschweigen zu bewahren. Vorstehende Verpflichtungen erstrecken sich auch auf Nachunternehmer und sonstige Dritte.

K. Elektronische Abgabe von Angeboten

Für die Abgabe der Angebote sind **ausschließlich** die Formblätter in **Teil D** der Vergabeunterlagen zu verwenden. Bitte verzichten Sie darauf, über die in diesen Teilen geforderten Anlagen und Nachweise hinaus weitere Unterlagen beizufügen.

Angebote sind **ausschließlich** durch Upload digitaler Dokumente/Scans (insb. PDF-Dateien) über den Projektraum auf der von dem Auftraggeber verwendeten Vergabeplattform abzugeben. **Andere Übermittlungswege (etwa Post, E-Mail, Fax oder eine „einfache“ Bieter-nachricht über das Kommunikationsmodul der Vergabeplattform) sind nicht zulässig und führen zum Ausschluss des Angebots (§ 42 Abs. 1 Nr. 1 UVgO).**

Die Abgabe erfolgt grundsätzlich über die von DTVP bereitgestellte **webbasierte Angebots-abgabe**, die eine vollständig browserbasierte Übermittlung der Unterlagen ermöglicht. Die webbasierte Angebotsabgabe wird unmittelbar im jeweiligen Projektraum gestartet. Die Bieter laden die geforderten Dokumente in der vorgegebenen Struktur hoch und schließen die Abgabe durch elektronische Übermittlung über das System ab. Nach Abgabe erhalten sie ein **elektronisches Abgabeprotokoll**, das die erfolgreiche Übermittlung dokumentiert. Der Projektraum ermöglicht zudem die Einsicht in abgegebene, zurückgezogene oder fehlerhaft übermittelte Angebote.

Die Informationen über die eigentlichen Vergabeverfahren werden über so genannte **Projekt-dateien** in das Bietertool transportiert. Bieter laden die Projektdateien (Dateiendung: cbx) aus dem entsprechenden Projektraum herunter und führen diese aus, wodurch das Bietertool gestartet wird und die entsprechenden Informationen zum Vergabeverfahren von der Vergabeplattform heruntergeladen werden. Die lokale Installation des Bietertools stellt eine **Ende-zu-Ende Verschlüsselung** der elektronischen Angebote zwischen dem Computer des Bieters und der Öffnung der Angebote auf Seiten der Vergabestelle sicher.

Verspätet eingegangene Angebote werden nicht berücksichtigt. Für die Rechtzeitigkeit des Eingangs ist der vollständige Upload über das Bietertool maßgeblich. Der vollständige Eingang



übermittelter elektronischer Angebote wird mit einem **qualifizierten oder einem einfachen elektronischen Zeitstempel dokumentiert**. Ist ein verspäteter Eingang nachweislich durch Umstände verursacht worden, die der Bieter nicht zu vertreten hat, kann auch ein verspätet eingegangenes Angebot berücksichtigt werden. Die Darlegungs- und Beweislast hierfür liegt beim Bieter.

Neben der webbasierten Teilnahmeantrags- und Angebotsabgabe besteht für Unternehmen weiterhin die Möglichkeit, Teilnahmeanträge und Angebote über das bisherige, lokal zu installierende **Bietertool** einzureichen. Hierzu werden die Projektdateien aus dem Projektraum heruntergeladen und in der Desktop-Anwendung geöffnet. Die Übermittlung der Teilnahme- und Angebotsunterlagen erfolgt in diesem Fall mittels Ende-zu-Ende-Verschlüsselung zwischen dem Rechner des Unternehmens und der Vergabestelle. Auch bei Nutzung des Bietertools wird der fristgerechte Eingang durch ein elektronisches Abgabeprotokoll bestätigt.

L. Anforderungen an die Angebote

Angebote müssen vollständig sein und alle geforderten Angaben und Erklärungen enthalten. Die Formblätter in **Teil D** der Vergabeunterlagen sind zu verwenden. Angebote, die nicht die geforderten oder ggfs. nachgeforderten Erklärungen und Nachweise enthalten, werden gemäß § 42 Abs. 1 Nr. 2 UVgO vom Vergabeverfahren ausgeschlossen. Der Auftraggeber behält sich vor, von Bietenden unter Einhaltung des Transparenz- und Gleichbehandlungsgebotes gemäß § 41 Abs. 2 UVgO Unterlagen nachzufordern. Ein Anspruch auf Nachforderung von Unterlagen besteht jedoch nicht.

Allgemeine Geschäfts-/Vertragsbedingungen der Bietenden werden **nicht** akzeptiert. Werden solche vom Bietenden beigelegt oder wird darauf im Angebot Bezug genommen, kann dies zum Ausschluss des Angebotes führen (§ 42 Abs. 1 Nr. 4 UVgO). Das gleiche gilt für Angebote, die unter Vorbehalt abgegeben werden, oder bei denen sonstige Änderungen an den Vergabeunterlagen vorgenommen wurden.

Angebote müssen der **Textform gemäß § 126b BGB** entsprechen und den Namen des Erklärenden und der die Erklärung abgebenden natürlichen Person enthalten.

M. Änderungen, Ergänzungen, Berichtigungen, Rücknahmen

Bis zum Ablauf der Angebotsfrist sind Änderungen, Ergänzungen und Berichtigungen eines Angebotes ausschließlich über den Projektraum auf der von dem Auftraggeber verwendeten Vergabeplattform möglich. Das gleiche gilt für eine eventuelle Rücknahme.

N. Eignungskriterien, Nachweise



Der Auftraggeber wird die Eignung der Bietenden im Sinne von § 31 UVgO anhand der in der **Auftragsbekanntmachung** festgelegten Kriterien prüfen. Die Kriterien sowie die zum Nachweis verlangten Unterlagen sind außerdem im Einzelnen nochmals in **Anlage A01** dargestellt. Soweit der Auftraggeber Formblätter für die geforderten Angaben vorgibt, befinden sich diese in **Teil D** der Vergabeunterlagen.

O. Nachunternehmer

Bietende haben in dem Nachunternehmerverzeichnis (**Teil D, Anlage D02**) anzugeben, ob und ggf. welche Teile der Leistung sie an Nachunternehmer weitergeben wollen. **Die Anlage D02 ist auch dann mit abzugeben, wenn kein Nachunternehmereinsatz beabsichtigt ist.**

P. Eignungsleihe

Sollte ein Bietender die Eignungskriterien nur dadurch erfüllen können, dass er ein anderes Unternehmen einbezieht (Eignungsleihe), so hat er **mit Abgabe des Angebots** seine Verfügung über die Ressourcen des anderen Unternehmens und dessen Eignung sowie das Nichtvorliegen gesetzlicher Ausschlussgründe beim anderen Unternehmen mittels einer rechtsverbindlich unterzeichneten Verpflichtungserklärung (**Teil D, Anlage D03**) nachzuweisen.

Q. Bietergemeinschaften

Für Bietergemeinschaften muss ein gemeinsames Angebot abgegeben werden. Der Name der Bietergemeinschaft sowie ein bevollmächtigter Vertreter sind anzugeben (siehe Teil D der Vergabeunterlagen). Der Auftraggeber weist darauf hin, dass von einer Bietergemeinschaft eine gesamtschuldnerische Haftung verlangt wird. Hierzu ist mit dem Angebot die Bietergemeinschaftserklärung (**Teil D, Anlage D04**) **in von allen Mitgliedern der Bietergemeinschaft rechtsverbindlich unterzeichneter Form** abzugeben.

R. Zuschlagskriterien, Vertragsschluss

Über den Zuschlag wird der Auftraggeber anhand der Zuschlagskriterien gemäß **Anlage A02** entscheiden.

Mit dem Zuschlag kommt ein rechtsverbindlicher Vertrag (**Teil C**) zustande. Der Vertrag wird nach Zuschlagserteilung final mit den Anlagen ausgefertigt und unterzeichnet. Die Unterzeichnung hat rein deklaratorische Wirkung und dient der Dokumentation der mit Zuschlag geschlossenen vertraglichen Regelungen.

Es wird vorsorglich darauf hingewiesen, dass im Rahmen der vorliegenden Öffentlichen Ausschreibung **keine Verhandlungen** über die Vertragsinhalte erfolgen können. Fragen und Anmerkungen zu den Verträgen und Leistungsinhalten sind daher **im Rahmen der Angebotsphase an den Auftraggeber** zu richten.



S. Vergütung für die Teilnahme am Verfahren

Der Auftraggeber gewährt keine Vergütung bzw. Kostenerstattung für die Erstellung der Angebotsunterlagen und die Teilnahme am Vergabeverfahren.



Anlage A01: Eignungskriterien

Der Auftraggeber prüft die Eignung der Bietenden anhand der in der **Auftragsbekanntmachung** festgelegten Eignungskriterien, die hier nochmals im Überblick dargestellt werden. Soweit der Auftraggeber zur Erklärung Formblätter vorgibt, befinden sich diese in **Teil D der Vergabeunterlagen**).

#	Kriterium	Mindestanforderung
1	Jahresumsatz Eigenerklärung über den Umsatz des Bietenden in den Jahren 2023 bis 2025 (insgesamt und aus dem Bereich der Entsorgungsdienstleistungen.	
2	Referenzen Eigenerklärungen über mit dem Auftragsgegenstand vergleichbare frühere Aufträge. Der Auftraggeber behält sich vor, die Angaben durch Nachfrage bei den als Referenz genannten Auftraggebern zu überprüfen. Nicht überprüfbare Referenzen werden nicht berücksichtigt.	<p>Es sind mindestens drei vergleichbare Referenzleistungen vorzulegen. Vergleichbar sind Aufträge, bei denen nachfolgende Merkmale vorliegen:</p> <ul style="list-style-type: none"> • Der Leistungsinhalt war die Entleerung und ordnungsgemäße Entsorgung des Inhalts von Restabfallbehälter auf städtischen Liegenschaften für einen öffentlichen Auftraggeber. • Die Entleerung erfolgte in einem festgelegten Turnus, im Regelfall mindestens einmal wöchentlich. • Die Anzahl der zu entleerenden Restabfallbehälter betrug mindestens 100 Restabfallbehälter. • Die Leistung wurde in einem Stadtgebiet mit mindestens 10.000 Einwohnern erbracht. • Die Leistung wurde über einem zusammenhängenden Zeitraum von mindestens einem Jahr erbracht.



		<ul style="list-style-type: none"> Die Leistung ist spätestens seit dem 01.01.2023 erbracht worden.
3	Personalstand Eigenerklärung zum Personalstand im Jahresdurchschnitt in den Jahren 2023 bis 2025.	
4	Haftpflichtversicherung Eigenerklärung zum Bestehen bzw. der Bereitschaft zum Abschluss einer branchenüblichen Betriebshaftpflichtversicherung.	Mindestversicherungssummen: <ul style="list-style-type: none"> Deckung für Personenschäden: min. 2 Mio. EUR sowie <ul style="list-style-type: none"> Deckung für Sach- und Vermögensschäden: min. 1 Mio. EUR Diese Deckungssummen müssen pro Jahr mindestens 2-fach zur Verfügung stehen.
5	Angaben zum Nachunternehmereinsatz Eigenerklärung, ob und ggf. welche Leistungsteile an Nachunternehmer übertragen werden sollen.	
6	Erklärung zu § 4 Abs. 1 NTVergG Eigenerklärung zur Zahlung von Mindestentgelten und Einholung entsprechender Erklärungen von Nachunternehmern.	
7	Gesetzliche Ausschlussgründe Eigenerklärung über das Vorliegen oder Nichtvorliegen von Ausschlussgründen im Sinne von § 31 Abs. 1 UVgO i. V. m. §§ 123, 124 GWB sowie ggf. Maßnahmen der Selbstreinigung im Sinne von § 125 GWB.	
8	Ausschlussgründe gemäß Verordnung (EU) 2022/576 Eigenerklärung über das Vorliegen oder Nichtvorliegen von Ausschlussgründen im Sinne der Verordnung (EU) 2022/576.	





Anlage A02: Zuschlagskriterien

Zur Ermittlung des wirtschaftlichsten Angebots gemäß § 43 UVgO wird der Auftraggeber folgende Zuschlagskriterien heranziehen:

Einziges Zuschlagskriterium ist der in der Anlage D06 Leistungsverzeichnis/Preisblatt angebotene Netto-Preis für ein Jahr.



Anlage A03: Informationen zum Datenschutz

A. Name und Kontaktdaten des für die Verarbeitung Verantwortlichen

Diese Datenschutz-Information gilt für die Datenverarbeitung im Rahmen des vorliegenden Vergabeverfahrens durch die Städtische Betriebe Herzberg am Harz, Eigenbetrieb Stadtreinigung, Juesholstraße 2 A, 37412 Herzberg.

Der Datenschutzbeauftragte des Verantwortlichen ist erreichbar unter folgenden Kontaktdaten:

Marktplatz 30
37412 Herzberg am Harz
Telefon: 05521 852-257
E-Mail: datenschutz@herzberg.de
Homepage: <https://herzberg.de/datenschutz>

B. Datenerfassung

Wenn Sie an dem Vergabeverfahren teilnehmen, werden folgende im Angebot genannten Daten des Bietenden, seiner Mitarbeitenden sowie sonstiger Personen (z. B. Ansprechpartner eines Referenzgebers) erfasst:

- Anrede, Vorname, Nachname (von Ansprechpartnern)
- eine gültige E-Mail-Adresse
- Anschrift
- Telefonnummer (Festnetz und/oder Mobilfunk)
- Angaben zur persönlichen Eignung (Studium/Ausbildung, Abschlüsse, Noten, Fortbildungen)
- Vertragsbeziehungen

Die Erhebung dieser Daten erfolgt zur Abwicklung der Vergabe und zur Anbahnung des Vertragsverhältnisses nach Art. 6 Abs. 1 lit. b DSGVO. Die für das Vertragsverhältnis durch den Auftraggeber erhobenen personenbezogenen Daten werden bis zu dessen Beendigung gespeichert und danach gelöscht, es sei denn, dass nach Artikel 6 Abs. 1 S. 1 lit. c DSGVO aufgrund von vergabe-, haushalts-, steuer- und handelsrechtlichen Aufbewahrungs- und Dokumentationspflichten eine längere Speicherung verpflichtend ist oder die Betroffenen in eine darüber hinausgehende Speicherung nach Art. 6 Abs. 1 S. 1 lit. a DSGVO eingewilligt haben.



C. Übermittlung an Dritte

Eine Übermittlung von persönlichen Daten an Dritte zu anderen als den im Folgenden aufgeführten Zwecken findet nicht statt.

Der Verantwortliche gibt die personenbezogenen Daten nur an Dritte weiter, wenn:

- dazu nach Art. 6 Abs. 1 S. 1 lit a DSGVO eine ausdrückliche Einwilligung erteilt worden ist,
- die Weitergabe nach Art. 6 Abs. 1 S. 1 lit f DSGVO zur Geltendmachung, Ausübung oder Verteidigung von Rechtsansprüchen erforderlich ist und kein Grund zur Annahme besteht, dass ein überwiegendes schutzwürdiges Interesse des Betroffenen an der Nichtweitergabe der Daten besteht,
- für den Fall, dass für die Weitergabe nach Art. 6 Abs. 1 S. 1 lit c DSGVO eine gesetzliche Verpflichtung besteht, sowie
- dies gesetzlich zulässig und nach Art. 6 Abs. 1 S. 1 lit. b DSGVO für die Abwicklung von Vertragsverhältnissen erforderlich ist.

D. Betroffenenrechte

Betroffene haben das Recht:

- gemäß Art. 15 DSGVO Auskunft über die von uns verarbeiteten personenbezogenen Daten zu verlangen. Insbesondere können Auskunft über die Verarbeitungszwecke, die Kategorie der personenbezogenen Daten, die Kategorien von Empfängern, gegenüber denen die Daten offengelegt wurden oder werden, die geplante Speicherdauer, das Bestehen eines Rechts auf Berichtigung, Löschung, Einschränkung der Verarbeitung oder Widerspruch, das Bestehen eines Beschwerderechts, die Herkunft der Daten, sofern diese nicht bei uns erhoben wurden, sowie über das Bestehen einer automatisierten Entscheidungsfindung einschließlich Profiling und ggf. aussagekräftigen Informationen zu deren Einzelheiten verlangt werden;
- gemäß Art. 16 DSGVO unverzüglich die Berichtigung unrichtiger oder die Vervollständigung der bei dem Auftraggeber gespeicherten personenbezogenen Daten zu verlangen;
- gemäß Art. 17 DSGVO die Löschung der beim Verantwortlichen gespeicherten personenbezogenen Daten zu verlangen, soweit nicht die Verarbeitung zur Ausübung des Rechts auf freie Meinungsäußerung und Information, zur Erfüllung einer rechtlichen Verpflichtung, aus Gründen des öffentlichen Interesses oder zur Geltendmachung, Ausübung oder Verteidigung von Rechtsansprüchen erforderlich ist;
- gemäß Art. 18 DSGVO die Einschränkung der Verarbeitung der personenbezogenen Daten zu verlangen, soweit die Richtigkeit der Daten vom Betroffenen bestritten wird, die Verarbeitung unrechtmäßig ist, der Betroffene aber deren Löschung ablehnen und der Verantwortliche die Daten nicht mehr benötigt, der Betroffene diese jedoch zur



Geltendmachung, Ausübung oder Verteidigung von Rechtsansprüchen benötigt oder gemäß Art. 21 DSGVO Widerspruch gegen die Verarbeitung eingelegt hat;

- gemäß Art. 20 DSGVO die personenbezogenen Daten, die uns bereitgestellt worden sind, in einem strukturierten, gängigen und maschinenlesbaren Format zu erhalten oder die Übermittlung an einen anderen Verantwortlichen zu verlangen;
- gemäß Art. 7 Abs. 3 DSGVO ihre einmal erteilte Einwilligung jederzeit gegenüber dem Verantwortlichen zu widerrufen. Dies hat zur Folge, dass die Datenverarbeitung, die auf dieser Einwilligung beruhte, für die Zukunft nicht mehr fortgeführt werden darf;
- gemäß Art. 77 DSGVO sich bei einer Aufsichtsbehörde zu beschweren. In der Regel können sich Betroffene hierfür an die Aufsichtsbehörde ihres üblichen Aufenthaltsortes oder Arbeitsplatzes wenden.

E. Widerspruchsrecht

Sofern personenbezogenen Daten auf Grundlage von berechtigten Interessen gemäß Art. 6 Abs. 1 S. 1 lit. f DSGVO verarbeitet werden, haben Betroffene das Recht, gemäß Art. 21 DSGVO Widerspruch gegen die Verarbeitung ihrer personenbezogenen Daten einzulegen, soweit dafür Gründe vorliegen, die sich aus Ihrer besonderen Situation ergeben oder sich der Widerspruch gegen Direktwerbung richtet. Im letzteren Fall haben Betroffene ein generelles Widerspruchsrecht, das ohne Angabe einer besonderen Situation umgesetzt wird. Zur Geltendmachung des Widerrufs- oder Widerspruchsrechts genügt eine E-Mail an den Verantwortlichen.